

billigt die Vorschläge der legitimen Vertreter dieser Länder, die den einzig möglichen Weg zur Lösung der in Indochina bestehenden Probleme weisen.

Der Parteitag bestätigt die Politik des Zentralkomitees und der Regierung der DDR hinsichtlich der politischen Lösung des Nahostproblems. Die SED wird auch weiterhin den arabischen Völkern in ihrem gerechten Kampf zur Überwindung der Folgen der israelischen Aggression beistehen und die Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten immer enger gestalten.

Der Parteitag bestätigt die Richtigkeit der vom Zentralkomitee gemeinsam mit den Bruderparteien der sozialistischen Länder verfolgten Politik zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa. Er beauftragt das Zentralkomitee und die Regierung der DDR, die baldige Einberufung und Durchführung einer Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aktiv zu fördern.

Der Parteitag hält die baldige Ratifizierung der von der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen mit der BRD Unterzeichneten Verträge für einen grundlegenden Faktor der Gesundung der Lage auf unserem Kontinent.

Der Parteitag tritt für die Mitgliedschaft der DDR in der Organisation der Vereinten Nationen und in deren Spezialorganisationen ein. Dies ist ein wichtiges Erfordernis des Weltfriedens sowie der Universalität der UNO. Der Parteitag unterstreicht die Bereitschaft der DDR, mit allen Staaten normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Die Deutsche Demokratische Republik erstrebt die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zur BRD auf der Grundlage des Völkerrechts.

Zwischen der sozialistischen DDR, in der sich die sozialistische deutsche Nation entwickelt, und der monopolkapitalistischen BRD, in der die alte bürgerliche Nation existiert, kann und wird es niemals sogenannte besondere „innerdeutsche Beziehungen“ geben.

Der Parteitag erklärt: Zwischen der DDR und der BRD, zwei voneinander unabhängigen Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung, vollzieht sich gesetzmäßig ein Prozeß der Abgrenzung. Zwischen ihnen kann es daher nur Beziehungen der friedlichen Koexistenz auf der Grundlage des Völkerrechts geben.

Der Parteitag bekundet die Bereitschaft, zur Normalisierung des Verhältnisses gegenüber Westberlin, das niemals zur BRD gehörte und gehören wird, im Interesse der Entspannung im Herzen Europas beizutragen.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, den Kampf um Frieden, internationale Sicherheit, nationale Befreiung und sozialen Fortschritt der Völker, gegen Imperialismus und Krieg, für die weitere Stärkung der internationalen Positionen der DDR fortzusetzen.¹

1. Die Partei hat im Berichtszeitraum eine umfangreiche Arbeit zur **Verwirklichung der Ziele des Fünf-jahrplanes 1966 bis 1970** geleistet. Große Aufmerksamkeit widmete das Zentralkomitee der weiteren Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft.

Dank der angestregten Arbeit der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und aller anderen werktätigen Schichten unseres Volkes konnte das Volkseigentum, das stabile Fundament unserer sozialistischen Wirtschaft, weiter gestärkt und gefestigt werden.

Die Kontinuität der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung kommt im jährlichen Wachstum des Nationaleinkommens sichtbar zum Ausdruck. Die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit wurde erhöht.

In wenigen Jahren hat sich in Durchführung der Beschlüsse des VII. Parteitages eine beträchtliche Veränderung der Produktionsstruktur der Industrie vollzogen. Die Produktionsmaßstäbe sind gewachsen, und die Leistungsfähigkeit der Industrie ist von Jahr zu Jahr weiter gestiegen. Davon zeugen auch

II.